



Nr. 24

25. Juni 2026

Inhalt

dbb-Bundeshauptvorstand

[Reformideen für das Beamtentum beschlossen](#)

Kommission der Bundesregierung legt Bericht vor

[Rente muss auch in Zukunft den Lebensstandard sichern](#)

Interview in der Stuttgarter Zeitung

[Geyer zur Rentendebatte: „Es wird jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben“](#)

Referentenentwurf zur Arbeitszeitreform

[Hemsing: „Ein Versuchsballon, kein belastbarer Entwurf!“](#)

Gespräch mit dem Richterbund

[Gemeinsam den Rechtsstaat stärken](#)

Modernisierung der Arbeitsförderung

[Arbeitsvermittlung: Digitalisierung entlastet Beschäftigte und Arbeitssuchende](#)

Parität jetzt

[Demokratie braucht die Stimmen von Frauen](#)

Tag des öffentlichen Dienstes

[Mehr Wertschätzung für alle, die den Staat am Laufen halten](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 26 bis 28 an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen](#)

Hamburg

[Doppelhaushalt 27/28: Beamtinnen und Beamte tragen die Hauptlast der Haushaltskonsolidierung](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

dbb Bildungsgewerkschaften

[Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ legt Empfehlung vor](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[IMK-Beschlüsse zu „Fußball ohne Gewalt“: Bremer Modell bundesweit umsetzen](#)

vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte

[Festakt zum 75-jährigen Jubiläum](#)

[Namen und Nachrichten](#)

dbb-Bundeshauptvorstand Reformideen für das Beamtentum beschlossen

Im Januar hat dbb-Chef Volker Geyer ein Reformpapier für das Berufsbeamtentum angekündigt. Nun wurde es vom dbb-Bundeshauptvorstand beschlossen.

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen betonte der dbb-Chef die Notwendigkeit, das Berufsbeamtentum vor politischer Einflussnahme zu schützen: „Beamtinnen und Beamte leisten einen Eid auf das Grundgesetz, sie sind ein Bollwerk gegen jeden Extremismus“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 23. Juni 2026. „Was aber, wenn nach einer Wahl an der Behördenspitze kein Demokrat steht? Um die Kolleginnen und Kollegen zu schützen, sollte im Bund und allen Ländern die Regel sein, dass in den Behörden nur einfache Disziplinarmaßnahmen durchgeführt werden. Alle statusrelevanten Maßnahmen wie die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis müssen unbedingt den Verwaltungsgerichten vorbehalten bleiben.“

Außerdem fordert der dbb, dass die Zahl der sogenannten „politischen Beamten“ beschränkt wird. „Das sehen nicht nur wir als dbb so, das fordert auch das Bundesverfassungsgericht“, erklärte Geyer. „Entscheidend muss die konkrete politische Schlüsselstellung sein. Wenn

also zwischen politischer Spitze und einem leitenden Beamten noch ein, zwei Führungsebenen vorhanden sind, verbietet sich nach unserer Auffassung dort der Status des politischen Beamten.“ Auch bestehe die Gefahr, dass bei der Einsetzung von politischen Beamten das für das Berufsbeamtentum unerlässliche Prinzip der Bestenauslese unterlaufen werde.

„Durch die Föderalismusreformen sehen wir, dass Bund und Länder in zentralen Fragen immer weiter auseinanderdriften. Ein Wechsel zwischen den Dienstherrn wird dadurch erschwert. Wir fordern daher, eine Grundeinheitlichkeit im gesamten Beamtenrecht herzustellen“, machte Geyer außerdem deutlich. „Der öffentliche Dienst muss auch attraktiver für Fachkräfte aus der Wirtschaft und Wissenschaft werden. Dazu gehört nicht nur, dass Einstellungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden, sondern verbindliche Regelungen für die Anerkennung von Berufserfahrung für die angestrebte Laufbahn.“

Kommission der Bundesregierung legt Bericht vor Rente muss auch in Zukunft den Lebensstandard sichern

Der Bericht der Rentenkommission enthält interessante Ansätze, teilweise sieht der dbb die Empfehlungen aber sehr kritisch.

„Eine pauschale Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. In vielen Berufen schaffen es die Kolleginnen und Kollegen gesundheitlich schon heute kaum bis zum regulären Renteneintritt“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 23. Juni 2026 nach der Vorstellung der Empfehlungen der Rentenkommission in Berlin. „Wenn überhaupt, ist das nur machbar mit entsprechend großzügigen Ausnahmen nach einer Gesundheitsprüfung, wie sie im Kommissionsbericht angedacht sind. Hier wird es also auf die konkrete Ausgestaltung ankommen.“

Zum von der Kommission vorgeschlagenen „Schwedischen Modell“ einer teilweisen Kapitaldeckung der Rentenansprüche sagte Geyer: „Das ist eine interessante Idee, aber der Teufel

steckt bekanntlich im Detail. Die Regierung spricht dauernd davon, die Belastungen für Beschäftigte und Wirtschaft senken zu wollen. Das Gegenteil würde aber beim angedachten Kapitaldeckungsmodell passieren. Die Lohnnebenkosten würden weiter erhöht. Für unsere Kolleginnen und Kollegen würde das also bedeuten, dass noch weniger netto vom brutto bleibt. So geht das nicht.“ Für den dbb sei klar: Bei allen angedachten Maßnahmen – auch hinsichtlich des Rentenniveaus – müsse sichergestellt werden, dass der Lebensstandard aktueller sowie künftiger Rentnerinnen und Rentner gewahrt werde.

Hinsichtlich des Berufsbeamtentums sieht sich der dbb durch die Empfehlungen weitestge-

hend bestätigt. „Die Kommission hält eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung für nicht sinnvoll. Wie wir. Die Kommission empfiehlt, dass Bund und Länder verpflichtend Vorsorge für zukünftige Pensionszahlungen treffen müssen. Wie wir. Die Kommission sieht die Notwendigkeit, dass Änderungen im Rentenrecht systemgerecht auf die Versorgung übertragen werden müssen. Das ist bereits heute im Wesentlichen gängige Praxis“, erklärte Geyer.

„Wir werden nun alle Vorschläge einzeln und in ihrer Gesamtheit im Detail prüfen und bewerten“, so der dbb-Chef.

Weitere Reaktionen aus den Reihen des dbb gibt es von den Landesbünden (<https://www.dbb.de/der-dbb/landesbuende.html>) und Mitgliedsgewerkschaften (<https://www.dbb.de/der-dbb/mitgliedsgewerkschaften.html>).

Interview in der Stuttgarter Zeitung

Geyer zur Rentendebatte: „Es wird jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben“

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer hat die Regierungskoalition zu mehr Sachlichkeit in der Diskussion um die Alterssicherung aufgefordert.

Wer durchschnittliche Renten und Pensionen vergleiche, der vergleiche „Äpfel mit Birnen“, erklärte Geyer im Interview mit der Stuttgarter Zeitung am 21. Juni 2026. „Beispielsweise haben zwei Drittel der Beamtinnen und Beamten ein Hochschulstudium und keine Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie, weil dort das Lebenszeitprinzip gilt. So etwas finden Sie in der Rentenversicherung viel seltener. Auch bekommen viele Arbeitnehmer neben der gesetzlichen Rente noch eine betriebliche Altersversorgung – für Beamte gibt es allein die Beamtenversorgung.“

Er werfe vielen Politikerinnen und Politikern vor, dass „sie wider besseres Wissen die Diskussion gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen anheizen, die jeden Tag für dieses Land arbeiten – in Justizvollzugsanstalten, im Gericht, bei der Polizei, bei der Feuerwehr, im Finanzamt. Es fehlt komplett an Wertschätzung für das, was sie die Kolleginnen und Kollegen jeden Tag für dieses Land leisten.“ Dabei werde oft ignoriert, dass das Berufsbeamtentum im Grundgesetz verankert sei. Geyer: „Das war bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine sehr bewusste Entscheidung. Beamte verzichten auf bestimmte Rechte, zum Beispiel das Streikrecht, sind

leichter zu versetzen und verpflichtet, die Verfassung zu verteidigen. Dafür sichert der Staat ihnen im Gegenzug die Alimentation zu. Statt das endlich mal zur Kenntnis zu nehmen, wird in der politischen Debatte jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Wir haben eine Bundesregierung, die Kommissionen einsetzt, und statt deren Ergebnisse abzuwarten machen Mitglieder der Regierungsparteien ständig neue Vorschläge. Das ist unseriös.“

Angesprochen auf den Stellenabbau in Teilen des öffentlichen Dienstes stellte Geyer klar: „Das muss mit einer Aufgabenkritik einhergehen. Die Politiker müssen den Bürgern dann auch erklären, welche staatlichen Aufgaben wegfallen, welche Leistungen nicht mehr erbracht werden sollen. Aber diese Debatte wird gescheut. Lieber macht man für die Bundesverwaltung eine pauschale Vorgabe von acht Prozent weniger Stellen bis 2029 – ohne zu sagen, welche Aufgaben betroffen sind. Außerdem muss sich die Politik fragen, was sie mit neuer Gesetzgebung an zusätzlichem Personalmehrbedarf selbst verursacht. Da müssen digitale Lösungen gleich mitgeliefert werden.“ Das vollständige Interview gibt es unter www.stuttgarter-zeitung.de.

Referentenentwurf zur Arbeitszeitreform

Hemsing: „Ein Versuchsballon, kein belastbarer Entwurf!“

Ein Referentenentwurf zur Arbeitszeitreform ist an die Öffentlichkeit gelangt. Hier ordnet dbb-Tarifchef Andreas Hemsing das Papier ein.

„Der seit gestern kursierende Referentenentwurf zur Arbeitszeitreform ist tatsächlich nur ein Versuchsballon“, sagte Hemsing am 19. Juni 2026. Das Papier sei zwischen den zuständigen Ministerien noch in keiner Weise abgestimmt. „Dass in dem Papier die Tarifpartner als zentrale Akteure zur Gestaltung gravierender Änderungen beim Thema Arbeitszeit in die Pflicht genommen werden, ist im Sinne gelebter Tarifautonomie natürlich richtig. Da, wo unsere Tarifverträge gelten, sind manche Änderungswünsche ohnehin ohne uns nicht möglich. Aber klar ist auch: Eine mögliche Gesetzesänderung kann auch bei uns im öffentlichen Dienst konkrete Auswirkungen haben.“

Fast spannender als der per Indiskretion veröffentlichte Entwurf selbst sind die massiven Reaktionen, die er hervorgerufen hat. „Zweierlei ist festzustellen“, bewertet Hemsing die Situation. „Erstens besteht die Gefahr, dass die

Thematik aktuell vorsätzlich dramatisiert wird, um sie zu einem gewichtigen Bestandteil eines Deals zu machen, mit dem die zerstrittenen Koalitionäre in Berlin ihre jeweiligen Reformschwerpunkte bei den verschiedensten Themen durchdrücken wollen. Ob hier gerade Arbeitnehmerrechte im Fokus stehen oder nur die erneut öffentlich ausgetragene Uneinigkeit zwischen Union und SPD ist noch schwer abzuschätzen. Klar ist jedoch zweitens, dass Gewerkschaften wichtiger denn je sind und sein werden. Wer immer noch am Rand steht und denkt, gewerkschaftliche Erfolge fallen ihm ohnehin in den Schoß, liegt falscher denn je.“ Hemsing zusammenfassend: „Der vorliegende Versuchsballon liest sich zwar auf den ersten Blick arbeitnehmerfreundlicher als befürchtet, stellt aber faktisch nur den Auftakt zu einer massiven Auseinandersetzung um den Wert von Arbeitnehmerrechten dar.“

Gespräch mit dem Richterbund Gemeinsam den Rechtsstaat stärken

Wie lassen sich die Herausforderungen in der Justiz lösen? Darüber hat Heini Schmitt mit den Justizgewerkschaften im dbb und dem Deutschen Richterbund (DRB) diskutiert.

„Für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates in Deutschland ist eine aufgabengerechte Personalausstattung in allen Bereichen der Justiz dringend erforderlich“, machte der stv. dbb-Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Heini Schmitt, in dem Gespräch am 25. Juni 2026 deutlich. „Die Politik muss den Rechtsstaat stärken. Schließlich ist er das Rückgrat unserer Demokratie.“ Der Austausch fand gemeinsam mit Vertretern der dbb-Justizgewerkschaften und der stv. Vorsitzenden des DRB, Heike Kremer, in Berlin statt. „Der Rechtsstaat besteht aus vielen Zahnrädern, die ineinandergreifen müssen, damit er gut funktioniert. Darum ist es so wichtig, sich aufeinander abzustimmen.“

Vor allem die Zuweisung einzelner Aufgabenfelder an die unterschiedlichen Justizberufe wurde breit diskutiert. Das liege im Interesse einer insgesamt effizienteren Erledigung, aber

auch, um die Attraktivität der Berufe für Bestandskolleginnen und -kollegen sowie für den Nachwuchs zu steigern.

Schmitt unterstrich, dass der Pakt für den Rechtsstaat auch weiterhin oberste Priorität für eine zukunftsfähige Justiz habe. Der dbb und seine Justizgewerkschaften begrüßen, dass die Justizministerkonferenz in ihrer jüngsten Sitzung im Juni 2026 die Bedeutung des Paktes für den Rechtsstaat wiederholt hervorgehoben haben. „Nun müssen Taten folgen“, so der dbb-Vize. Die aktuellen Verhandlungen zur Fortführung des Paktes für den Rechtsstaat müssen zeitnah fortgesetzt und vor allem zum Abschluss gebracht werden. „Eine gut aufgestellte und digitalisierte Justiz ist gerade in Zeiten, die auch durch gesellschaftliche Verunsicherung geprägt ist, unerlässlich.“

Nachwuchs gewinnen, Gewalt bekämpfen

Die Dienstherren müssten weitere Anstrengungen unternehmen, um junge Menschen für eine Karriere in einem der zahlreichen Justizberufe zu interessieren. Der dbb und seine Justizgewerkschaften fordern dringend, die Rechtsstaatskampagne der Länder zur Förderung der Nachwuchsgewinnung fortzusetzen. „Die Durchlässigkeit von Laufbahnen, anhaltend motivierende Aufgabenfelder und einfachere Wechselmöglichkeiten in andere Bereiche werden künftig eine zentrale Bedeutung

für das Funktionieren des Rechtsstaates haben.“, so Schmitt.

Schmitt mahnte wiederholt verstärkte Bemühungen im Umgang mit der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an. „Wir erfahren in unserer gewerkschaftlichen Arbeit zunehmend, dass Kolleginnen und Kollegen, die wichtige Aufgaben für das Funktionieren unseres Gemeinwohls übernehmen, regelmäßig Anfeindungen oder Bedrohungen ausgesetzt sind.“

Modernisierung der Arbeitsförderung

Arbeitsvermittlung: Digitalisierung entlastet Beschäftigte und Arbeitssuchende

Der dbb hat den Gesetzesentwurf zur Modernisierung und Digitalisierung der Arbeitsförderung eingeordnet.

Der dbb begrüßt grundsätzlich das Ziel, die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken. „Digitalisierung kann unterstützen und entlasten. Vorhaben, die unnötige Bürokratie abzubauen und den Arbeitsalltag der Beschäftigten erleichtern, sind eine gute Sache“, sagte der stv. dbb-Bundesvorsitzende Maik Wagner am 24. Juni 2026. Unter anderem sieht der Entwurf eine weitere Modernisierung, Entbürokratisierung und Digitalisierung der Verwaltung der Bundesagentur für Arbeit (BA) vor. Dadurch soll diese effizienter, transparenter und bürger näher werden.

Es gebe bei der BA bereits einige positive Beispiele wie deren Dienstleistungen, die elektronische Kommunikation und ihre Verwaltungsabläufe. Wagner: „Ein arbeitserleichternder Ausbau der Digitalisierung kann sowohl Mitarbeitende als auch Arbeitssuchende entlasten, darf aber nicht als Vorwand für Personalabbau dienen.“ Außerdem erfordern viele Aufgaben

der BA weiterhin den direkten persönlichen Kontakt.

Wagner weiter: „Sinnvoll sind insbesondere Regelungen, die Verwaltungsverfahren vereinfachen, Leistungen schneller zugänglich machen, Vermittlungsprozesse wirksamer gestalten, Beschäftigte von vermeidbarem Verwaltungsaufwand entlasten, öffentliche Mittel zielgerichtet einsetzen sowie Fehlanreize und Leistungsmissbrauch begrenzen.“

Auch die Möglichkeit der Erprobung eines Mitarbeitenden in einem anderen Betrieb nach § 45a SGB III, erscheine arbeitsmarktpolitisch sinnvoll. „Es muss aus Sicht der Finanzbehörden aber jede Missbrauchsmöglichkeit vermieden werden“, so der stv. dbb-Bundesvorsitzende. „Es muss vor Ort klar überprüfbar sein, ob eine wirksame, personenbezogene und zeitlich abgedeckte Erprobungsmaßnahme vorliegt oder nicht.“

Parität jetzt

Demokratie braucht die Stimmen von Frauen

Beim zweiten Aktionstag „Parität Jetzt“ wurde erneut deutlich: Die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen bleibt eine der zentralen Herausforderungen unserer Demokratie.

Trotz vieler Fortschritte sind Frauen in Parlamenten noch immer nicht entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten. Vielmehr ist ihr Anteil in einigen Parlamenten zuletzt sogar zurückgegangen.

Für die dbb frauen ist die Forderung nach mehr politischer Repräsentanz von Frauen deshalb untrennbar mit dem Einsatz für Chancengleichheit und Teilhabe verbunden. Frauen

prägen den öffentlichen Dienst auf allen Ebenen und tragen täglich Verantwortung für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Diese Verantwortung muss sich auch in politischen Entscheidungsstrukturen widerspiegeln.

„Frauen stellen mehr als die Hälfte unserer Gesellschaft. Es kann deshalb nicht akzeptiert werden, dass sie in politischen Entscheidungsgremien weiterhin deutlich unterrepräsentiert sind. Eine moderne Demokratie muss die Lebensrealitäten von Frauen sichtbar machen und ihre Perspektiven gleichberechtigt in politische Entscheidungen einbeziehen“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 24. Juni 2026 auf der Veranstaltung. „Parität ist kein Privileg. Sie ist ein demokratisches Versprechen.“

Die Veranstaltung vor dem Reichstag in Berlin erinnerte daran, dass Gleichberechtigung nie selbstverständlich war und auch heute nicht selbstverständlich ist. Viele Rechte, die Frauen heute besitzen, wurden über Jahrzehnte hinweg erkämpft. Dieser Einsatz bleibt auch künftig notwendig. Besonders gewürdigt wurde

während der Veranstaltung das Vermächtnis von Rita Süßmuth, die sich bis zuletzt mit großer Leidenschaft für die Parität in Parlamenten eingesetzt hat. Ihr Engagement steht beispielhaft für den langen Weg, den Frauen für mehr Gleichberechtigung gegangen sind – und weiterhin gehen.

„Parität ist keine Frage von Symbolpolitik, sondern von demokratischer Gerechtigkeit. Solange Frauen nicht gleichberechtigt an politischen Entscheidungen beteiligt sind, bleibt unsere Demokratie hinter ihren Möglichkeiten zurück. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, für echte Teilhabe einzutreten“, erklärte Valentina van Dornick, Beisitzerin der dbb frauen.

Die dbb frauen werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, Frauen auf ihrem Weg in politische Verantwortung zu unterstützen, bestehende Hürden abzubauen und die tatsächliche Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt voranzubringen. Denn Gleichberechtigung entsteht nicht von allein – sie braucht Engagement, Ausdauer und starke Stimmen.

Tag des öffentlichen Dienstes

Mehr Wertschätzung für alle, die den Staat am Laufen halten

Ohne den öffentlichen Dienst geht es nicht, betont die dbb jugend. Denn ohne ihn würde die Gesellschaft nicht funktionieren.

„Leider wird der öffentliche Dienst zu oft nur als Kostenfaktor gesehen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 23. Juni 2026, dem Tag des öffentlichen Dienstes, in Berlin. „Doch klar ist, dass auch die Wirtschaft, aus der oft kritische Stimmen kommen, ohne den öffentlichen Dienst nicht funktionieren würde. Schulen und Universitäten bilden die Fachkräfte der Zukunft aus. Straßenmeistereien warten und pflegen unsere Infrastruktur. Und ohne eine verlässliche Justiz gäbe es keine Rechtssicherheit. Ein moderner und agiler öffentlicher Dienst ist eine Voraussetzung für eine starke Wirtschaft.“

Weiterhin verwies Fandrejewski auf die Rolle des Berufsbeamtentums als Stabilitätsanker: „Beamtinnen und Beamte sorgen dafür, dass systemrelevante Aufgaben jederzeit zuverlässig und im Sinne der Allgemeinheit erledigt werden“, erklärte er. „Dabei sind sie nur dem Grundgesetz und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Wie wichtig

das ist, zeigt vor allem der Blick auf die kommenden Landtagswahlen, bei denen politische Kräfte Erfolge erzielen könnten, die der Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem einstuft.“

Daria Abramov, Erste stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, machte auf die schwierige Personallage im öffentlichen Dienst aufmerksam: „Es fehlen 600.000 Beschäftigte, um allen Aufgaben gerecht zu werden“, sagte sie. „Und angesichts der Vertrauenskrise des Staates müssen wir dafür sorgen, dass er seinen Aufgaben gerecht wird. Die Menschen wollen einen digitalen und agilen Service in den Ämtern. Sie wollen, dass der öffentliche Nahverkehr funktioniert. Und sie wünschen sich eine nahbare Gesundheitsversorgung. Das alles steht und fällt mit der Personalfrage.“

Abramov nutzte den Tag des öffentlichen Dienstes auch, um Berufsgruppen in den Fo-

kus zu rücken, welche die Öffentlichkeit weniger wahrnimmt: „Zum Beispiel sorgt die Lebensmittelkontrolle dafür, dass die Speisen in der Gastronomie unbedenklich bleiben. Die Sozialarbeit leistet enorm wichtige Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und der

Zoll verhindert, dass möglicherweise gefährliche Produkte in den Handel kommen und leistet so einen wichtigen Beitrag für den Verbraucherschutz. Der öffentliche Dienst ist vielfältiger, als viele denken. Alle Kolleginnen und Kollegen verdienen unsere Wertschätzung!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 26 bis 28 an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen

Mit Spannung wurde die erste Beratung zum Thüringer Besoldungsgesetz 2026 - 2028 mit den Statements der Fraktionen im Thüringer Landtag erwartet. Der tbb war live vor Ort dabei.

Einstimmig wurde das Thüringer Besoldungsgesetz federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss (HuFa) überwiesen. Die außerplanmäßige HuFa-Sitzung im Anschluss an die 47. Plenarsitzung beschloss, das sofortige Einrichten eines Online-Diskussionsforums zum Thüringer Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2026 bis 2028.

Der vorgelegte Gesetzentwurf wird grundsätzlich vom tbb begrüßt, da er die Tarifeinigung auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Freistaats Thüringen überträgt und zugleich den Versuch unternimmt, die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entwickelten neuen Maßstäbe für eine verfassungsgemäße Alimentation umzusetzen. Auch werden erstmals die notwendigen rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen

für einen Anspruch auf Entgeltumwandlung eines Fahrradleasings im Beamtenbereich geschaffen. Dies trifft ebenso auf Zustimmung des tbb.

Gleichzeitig enthält der Besoldungsgesetzentwurf jedoch auch kritische Punkte und erhebliche Defizite in Verfahrensfragen. Die größten Kritikpunkte des tbb sind: Einteilung der Beamten in Gewinner und Verlierer (Nachzahlungsregelung d nur an Kläger oder aktive Widersprüche (der Rest geht leer aus); die geplante Abschaffung des AZV-Tags als „Ausgleichsmaßnahme“ (Warum benötigt es generell Ausgleichsmaßnahmen zur Umsetzung eines höchst richterlichen Urteils?); Jahressonderzahlung von 4,8 Prozent (der tbb fordert 5 Prozent).

Hamburg

Doppelhaushalt 27/28: Beamtinnen und Beamte tragen die Hauptlast der Haushaltskonsolidierung

Der Senat hat am 25. Juni 2026 die Ergebnisse seiner Haushaltsberatungen vorgelegt. Im Ergebnis trägt der öffentliche Dienst in Hamburg die Hauptlast der Einsparungen in Höhe von 200 Mio. Euro.

Damit trägt der öffentliche Dienst 1/3 des strukturellen Defizits in Höhe von 600 Mio. Euro. Davon tragen die Beamtinnen und Beamten 140 Mio. Euro und somit die Hauptlast der Konsolidierung.

Für den hamburgischen öffentlichen Dienst sind besonders folgende Punkte relevant: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 40 Stunden auf 41 Stunden; Streichung des sog. AZV-Tages für die Beamtinnen und Beamten; weitere Einsparungen im

Personalhaushalt durch Nicht- oder verzögerte Besetzung von Stellen.

Dazu Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg: „Mit der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit und der Streichung des AZV-Tags werden die geplanten moderaten Steigerungen der Grundgehälter in den Jahren 2026-2028 völlig aufgefressen. Das bedeutet, dass die Beamtinnen und Beamten die Steigerung ihrer Grundgehälter durch ihre Arbeitszeiterhöhung selbst finanzieren, obwohl es einen Anspruch auf amtsangemessene Alimentation gibt.“ Zudem werde wieder Vertrauen und Wertschätzung bei unseren verbeamteten Kolleginnen und Kollegen zerstört.

Treff weiter: „Auch die geplanten Stellenstreichungen bzw. die Ausweitungen der Vakanzen sehen wir kritisch, da wir kein Konzept kennen, welchen Kriterien angewendet werden sollen. So müssen wir befürchten, dass diese Maßnahmen die Arbeitsverdichtung in den Dienststellen weiter verschärfen werden. Mich besorgt aber auch ein anderer Punkt: Als Gewerkschaften haben wir in unserer Demokratie eine sehr wichtige stabilisierende Funktion. Als dbb hamburg fahren wir dabei einen Kurs der politischen Mitte und lehnen Populismus und Extremismus jeglicher Art ab. Um diesen Kurs erfolgreich fahren zu können, müssen unsere Anliegen aber ernst genommen werden und deshalb ist es erforderlich, dass der Senat mit uns über unsere Themen spricht. Daran mangelt es in Hamburg zusehends.“

dbb Bildungsgewerkschaften

Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ legt Empfehlung vor

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) begrüßt die am 24. Juni 2026 veröffentlichten 56 Handlungsempfehlungen der Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ ausdrücklich und mit großer Zustimmung. Die Empfehlungen bestätigen in wesentlichen Punkten, was der DPhV seit Jahren fordert: Schutz, Befähigung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen müssen als Einheit gedacht werden –diese Aufgabe kann nicht allein von Schule gelöst werden, sie muss und kann nur gesamtgesellschaftlich geschultert werden.

DPHV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing: „Diese Handlungsempfehlungen sind ein starkes und hoffnungsvolles Signal. Was Lehrkräfte täglich erleben und was wir als DPhV seit Langem benennen, ist nun wissenschaftlich fundiert und politisch adressiert: Kinder und Jugendliche brauchen klare Rahmenbedingungen, nicht nur Selbstverantwortung, an die appelliert und die ihnen zugemutet wird, während Plattformanbieter ihre Aufmerksamkeit professionell triggern und davon profitieren.“

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Tomi Neckov, kommentierte: „Wir begrüßen die Menge und Vielfalt der Empfehlungen. Es wird bewusst, an

wie vielen Stellschrauben zu drehen ist, um Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt kompetent zu begleiten. Dies wird der Herausforderung deutlich gerechter als ein pauschales Verbot. So wird die Teilhabe gesichert, während gleichzeitig die für einen sicheren Umgang notwendigen Kompetenzen gewährleistet werden. Diese fokussieren richtigerweise nicht nur auf einen gesunden Umgang mit Medien, sondern beginnen schon mit der Fähigkeit zur Selbstregulation und dem Kennenlernen des Smartphones als nützlichen Alltagshelfer – und nicht als reine Bespaßungsmaschine. Dass die Anbieter ihr Übriges beizutragen haben, steht außer Frage. Hier muss die Politik wirkmächtige Maßnahmen ergreifen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

IMK-Beschlüsse zu „Fußball ohne Gewalt“: Bremer Modell bundesweit umsetzen

Die DPoIG stellt vor dem Hintergrund der Beschlüsse der Innenministerkonferenz (IMK) zum Thema „Fußball ohne Gewalt“ klar, dass Stadionverbote allein nicht ausreichen, um Gewalt wirksam einzudämmen. Zugleich fordert die DPoIG eine bundesweite Umsetzung der Gebührenregelung nach dem Bremer Modell, das höchstrichterlich bestätigt wurde. Demnach sollen Veranstalter von Hochrisikospielen an den Polizeikosten beteiligt werden.

DPoIG-Bundesvorsitzender Heiko Teggatz sagte am 24. Juni 2026: „Gewaltbereite Täter werden durch Stadionverbote lediglich aus den Stadien verdrängt. Straftaten verlagern sich dann in das Umfeld der Spielstätten oder andere Orte, auf die die Vereine keinerlei Einfluss mehr haben. Eine nachhaltige Entlastung der Polizei ist so nicht zu erreichen.“

Allein in Nordrhein-Westfalen wurden rund 700.000 Einsatzstunden der Polizei für Fußballspiele geleistet. Diese enorme Belastung geht vollständig zulasten der Steuerzahler, während die Deutsche Fußball Liga (DFL) und die Vereine Milliardeneinnahmen erzielen. Die DPoIG hatte bereits vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Januar 2025 eine flächendeckende Einführung von Gebührenbescheiden nach dem Bremer Modell gefordert.

Teggatz, der auch dbb-Vize ist, macht deutlich: „Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nur schwer zu vermitteln, dass sie für selbst kleinste staatliche Leistungen zur Kasse gebeten werden, während eine milliarden schwere

Profifußballbranche die massiven und personalintensiven Polizeieinsätze faktisch kostenfrei in Anspruch nimmt und die Allgemeinheit die Rechnung trägt.“

Die von der IMK formulierten Ziele können nur dann Wirkung entfalten, wenn sie mit klaren und spürbaren Konsequenzen verbunden werden. Sollte es Vereinen nicht gelingen, die Sicherheit in ihren Stadien und im direkten Umfeld zu gewährleisten, darf es auch keine Spiele vor Publikum geben. In solchen Fällen müssen Geisterspiele als Ultima Ratio angeordnet werden. Nur so entsteht der notwendige Druck auf die Vereine, konsequent gegen gewaltbereite Gruppierungen vorzugehen.

Hierzu gehören wirksame Sicherheitskonzepte, ein konsequentes Einschreiten gegen bekannte Gewalttäter sowie eine enge und verlässliche Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Sollten ernsthafte Anstrengungen ausbleiben, müssen auch weitergehende Sanktionen gegenüber den Vereinen geprüft und umgesetzt werden.

vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte Festakt zum 75-jährigen Jubiläum

Am 21. Juni 2026 feierte der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte das 75-jährige Bestehen der Interessenvertretung für die Bundesbeschäftigten mit einem Festakt am Gründungsort Bonn.

Im Rahmen eines Festaktes in der Redoute in Bonn Bad Godesberg begrüßte Bundesvorsitzender Frank Gehlen vor rund 100 Gästen auch die Ehrengäste Staatssekretär Bernd Kröscher aus dem Bundesinnenministerium, den Chef der Staatskanzlei NRW und Minister für Bundesangelegenheiten Nathanael Ljaminski, die Bürgermeisterin der Stadt Bonn Nicole Unterseh sowie per Videoschleife dbb-Chef Volker Geyer.

Zu Zeiten der Bonner Republik durch Beamte des BMI bei einer Gründungsversammlung am 21. Juni 1951 in Bonn Duisdorf ins Leben gerufen, vertritt der vbob inzwischen die Interessen der Bundesbeschäftigten in Bundesbehörden an über 300 Standorten deutschlandweit.

„Das ganze Jahr über feiern wir mit unseren Mitgliedern 75 Jahre ehrenamtliches Engage-

ment für die Menschen, die in der Bundesverwaltung die Stützen der Demokratie in Deutschland bilden“, so Gehlen. Durch die Veröffentlichung des neu produzierten Imagevideos wolle man auf die Notwendigkeit und Breite der gewerkschaftlichen Interessenvertretung aufmerksam machen.

Neben der Würdigung des besonderen Geburtstages der Gewerkschaft betonten die Vortragenden die anstehenden Zukunftsaufgaben und damit auch ihre Herausforderungen. Ange-

sichts der weltpolitischen Situation, der erforderlichen Umsetzung höchstrichterlicher Entscheidungen sowie den Reform- und Agenda-Zielen von Bund und Ländern bei angespannter Haushaltslage stehen insbesondere die Verwaltung und ihre Beschäftigten vor besonderen Aufgaben. „Die partnerschaftliche, partizipative Beteiligung der Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung vobob bleiben der zentrale Hebel, die Modernisierung der Bundesverwaltung erfolgreich zum Ziel zu führen“, so Gehlen.

Namen und Nachrichten

Die Besoldung und Versorgung aller Beamtinnen und Beamten in Deutschland wird ausschließlich durch Gesetz geregelt – und muss entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen regelmäßig angepasst werden. Dies erfolgt durch entsprechende Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze des für den Rechtskreis zuständigen Gesetzgebers. Die aktuelle Besoldungstabelle **Sachsen** sowie die vorläufige Besoldungstabelle für **Hamburg** stehen ab sofort auf www.dbb.de zur Verfügung.

Der **dbb** hat sich am 22. Juni 2026 auf eine grundsätzliche tarifliche Regelung für den Sonderfall „Holen aus dem Frei“ bei der Autobahn GmbH verständigt. In den kontroversen Verhandlungen wurden wesentliche Eckpunkte vereinbart – eine Detailabsprache steht noch aus. Die Finalisierung ist in den nächsten Ta-

gen angestrebt. Über die Inhalte und Einzelheiten wird der dbb umgehend informieren. Das „Holen aus dem Frei“ ist ein Sonderfall, der allerdings auch bei umsichtiger Dienstplanung und Vorausplanung von Rufbereitschaften nicht immer ausgeschlossen werden kann. Beim „Holen aus dem Frei“ erklären sich Beschäftigte auf Anfrage freiwillig beispielsweise im Verkehrsunfalldienst bereit einzuspringen, wenn die geplanten Kräfte nicht mehr ausreichen oder ihre zulässigen Einsatzzeiten überschritten haben. Aufgrund rechtlicher Vorgaben benötigt die Autobahn GmbH für eine Bezahlung dieser bisher im Tarifvertrag nicht geregelten Dienste eine klare tarifliche Regelung. Mit der nun im einer Protokollerklärung verankerten Lösung, wird eine attraktive und faire Lösung für die besondere Bereitschaft der Beschäftigten gefunden, sich zusätzlich einzubringen.

Termine:

12. – 14. Oktober 2026
Betriebsräteschulung des dbb“
Weitere Informationen unter www.dbb.de